



EDITORIAL

„Das Mittelmeer ist so das Herz der Alten Welt, denn es ist das Bedingende und Belebende derselben. Ohne dasselbe ließe sich die Weltgeschichte nicht vorstellen, sie wäre wie das alte Rom oder Athen ohne das Forum, wo alles zusammenkam.“ Dies erklärte Georg Wilhelm Friedrich Hegel einst in seinen Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Selten lassen sich in der Politik Ereignisse ausmachen, die die Gültigkeit geschichtsphilosophischer Erkenntnisse auch in ihrer politischen Relevanz so unterstreichen, wie dies am 13. Juli 2008 in Paris geschah. Mehr als vierzig Staats- und Regierungschefs versammelten sich im Grand Palais, um den Startschuss zu einem neuen, ebenso ehrgeizigen wie bereits vorab vielfach diskutierten und kritisierten politischen Projekt zu geben, mit dem gleichwohl die Hoffnungen vieler – südlich wie nördlich des Mittelmeeres – verbunden sind: Der „Union für das Mittelmeer“, oder, wie der vollständige Titel lautet, „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“.

Nachdem der damalige französische Präsidentschaftskandidat Nikolas Sarkozy erstmals im Wahlkampf 2007 die Idee einer Mittelmeerunion öffentlich lanciert hatte, waren die Diskussionen darüber entbrannt. Die einen sahen darin den erkennbaren Versuch Frankreichs, durch eine verstärkte und institutionalisierte Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern auch eine Machtverschiebung zugunsten der Grande Nation innerhalb Europas herbeizuführen. Andere wiederum sahen das Projekt aus der politischen Motivation geboren, den EU-Beitritt der Türkei zu konterkarieren. Vielfältig waren die Interpretationen und Reaktionen. Dass die große Euphorie ausblieb, war auch der Unklarheit der Idee sowie den bislang

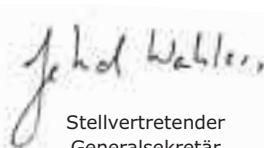
zumindest zwiespältigen Erfahrungen mit dem 1995 ins Leben gerufenen Barcelona-Prozess zu verdanken. Damals hatte die Europäische Union mit der „Euro-Mediterranen Partnerschaft“ (EMP) den institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit mit zwölf Ländern des südlichen Mittelmeerraums geschaffen, die darauf abzielte, daraus eine Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu machen. Die Europäische Nachbarschaftspolitik ergänzt und vertieft seit 2004 diesen multilateralen Ansatz durch eine bilaterale Komponente auch mit Blick auf die südlichen Anrainerstaaten Europas. Dass die einst mit der EMP verbundenen Erwartungen auf eine bessere wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Entwicklung in den Ländern Nordafrikas wie des Nahen Ostens sich bislang nicht erfüllt haben, ist auf vielerlei Faktoren zurückzuführen, muss zugleich aber auch vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September und damit sich neu stellender Herausforderungen unter veränderten Vorzeichen bewertet werden. Die vorhandenen Frustrationen über das wenige, was bislang erreicht worden war, dominierten daher auch die Skepsis, die einer Idee wie der für die Union für das Mittelmeer entgegengebracht wurde.

Der Pariser-Gipfel stellt mit der Gründung der Union für das Mittelmeer einen erneuten Anlauf dar, die Zusammenarbeit zwischen Europa und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten auszubauen. Dass dies im gegenseitigen Interesse Europas und der südlichen Mittelmeeranrainerstaaten geschieht, dokumentiert auch die Liste der ersten verabschiedeten gemeinsamen Projekte wie der zur Förderung der Solarenergie in den südlichen Ländern, zur Reform und Fortentwicklung der universitären Ausbildung und der Programme zur Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. Auf den ersten Blick scheinen diese neuen Ansätze wenig spektakulär und politisch herausfordernd. Doch wer bedenkt, welcher Mehrwert sich für die Menschen in Süd wie in Nord erarbeiten ließe, würde in den genannten Bereichen transnational kooperiert, wird schnell zu dem Schluss kommen, dass sich dahinter politische Potenziale verbergen, die genutzt werden können und müssen, um Entwicklung in allen Bereichen nachhaltig zu gestalten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung stellt sich dieser Aufgabe seit Langem. Auch der Beitrag von Steffen Erdle in dieser Ausgabe der *KAS-Auslandsinformationen* folgt dieser Perspektive: Eine verstärkte Kooperation von Städten und Gemeinden im Mittelmeerraum stellt eine wichtige Herausforderung für die Mittelmeerpolitik dar und kann

einen subsidiären Beitrag zur Sicherung politischer und wirtschaftlicher Entwicklung darstellen.

Die Union für das Mittelmeer stellt kein Parallelprojekt zum Barcelona-Prozess oder zur Nachbarschaftspolitik dar, sondern will zu deren Vertiefung und Fortentwicklung beitragen. Dazu gehört auch, dass ihre Struktur auf einer geteilten Präsidentschaft eines Landes aus dem Norden und eines aus dem Süden beruht, alle Beteiligten gleiche Rechte und Pflichten haben und der Union durch alle zwei Jahre stattfindende Gipfel größerer politischer Einfluss gegeben wird. Ein ständiges Sekretariat soll die Koordinierung übernehmen.

Ob die Union alle in sie gesetzten Erwartungen wird erfüllen können, wird von vielerlei Faktoren abhängen, insbesondere vom politischen Willen aller Beteiligten. Entscheidend und von bleibendem Wert ist bereits jetzt, dass damit eine nicht nur für die Sicherheit und Stabilität Europas entscheidende Region von Bosnien und Herzegowina über Jordanien bis nach Marokko stärker ins politische Bewusstsein der Europäer gerückt wurde. Dass die Union dank des Einsatzes der deutschen Bundeskanzlerin auch alle 27 EU-Mitgliedsstaaten umfasst, entspricht nicht nur den geopolitischen Gegebenheiten, sondern stellt zugleich auch eine Verpflichtung, gerade und vor allem für Deutschland, dar. Der vielfach zitierte Ausdruck „keine Union ohne die Union“ kann uneingeschränkte Gültigkeit beanspruchen, denn auch Europa wäre ohne eine vertiefte politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im und mit dem Mittelmeerraum auf Dauer gefährdet. Daher sehen wir in der Union für das Mittelmeer Anspruch und Verantwortung zugleich.



Jörg Wahler,
Stellvertretender
Generalsekretär